

## EU-KOMMISSION UNTERWEGS

20.-21.2.2008

**Jacques Barrot**, Vizepräsident der EU-Kommission, und **László Kovács**, EU-Kommissar für Steuern und Zollunion, in **Berlin**

## TERMINVORSCHAU BIS 28.2.2008

Wann	Was	Wo	Weitere Infos
18.2.2008 16.00 Uhr	IMK Konjunkturforum „Aufschwung in Europa“. Teilnehmer sind u.a.: Klaus Regling (Generaldirektor ECFIN, Europäische Kommission), Gabi Dietzen (Phönix) <b>Veranstalter:</b> Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Hans Böckler Stiftung	Georges-Casalis-Saal (Französischer Dom), Charlottenstraße 10117 <b>Berlin</b>	www.boeckler.de
20.-22.2.2008	Seminar „Rechtsschutz im Gemeinschaftsrecht“ <b>Veranstalter:</b> Europäische Rechtsakademie	Europäische Rechtsakademie (ERA) Metzer Allee 4 54295 <b>Trier</b>	www.era.int
21.2.2008 14.00-18.00 Uhr	Podiumsdiskussion: „Klimawandel in Europa – Fluch oder Segen?“ 17. Frankfurter Sonderkolloquium – Technik und Gesellschaft im Dialog <b>Veranstalter:</b> DECHEMA Gesellschaft für Chemische Technik und Biotechnologie e.V.	DECHEMA-Haus Theodor-Heuss-Allee 25 60486 <b>Frankfurt / Main</b>	http://events.dechema.de
21.2.2008 18.00 Uhr	Vortrag „Weltweite präzise Navigation aus Europa – Das Galileo-System“ <b>Veranstalter:</b> Hochschule Bremerhaven, Wieland Vereinigung der Schiffingenieure Bremerhaven e.V., VDI Unterweser Bezirksverein	Hochschule Bremerhaven, Haus K, Hörsaal K02 An der Karlstadt 8 27568 <b>Bremerhaven</b>	www.wittheit.de
21-24.2.2008	Konferenz „Youth Information 2.0“. Rund 100 Fachleute diskutieren über die Zukunft der Jugendinformation in Europa. <b>Veranstalter:</b> EU-Kommission, Bundesfamilienministerium, European Youth Information and Counselling Agency, Eurodesk und European Youth Card Association.	Umspannwerk Ost Palisadenstraße 48 10243 <b>Berlin</b>	http://youth.hundertelf.net/
22.-23.2.2008	Seminar „Rumänien und die Ukraine. Die ungleichen Nachbarn im Kontext der Europäischen Union“ <b>Veranstalter:</b> Fridtjof-Nansen-Haus	Fridtjof-Nansen-Haus Wilhelm-Leuschner-Straße 61 55218 <b>Ingelheim</b>	Tel: 06132-790 03 16
25.2.2008 19.30 Uhr	Seminar „Rechtspopulismus in Europa“ <b>Veranstalter:</b> Landeszentrale für politische Bildung	VHS Schleswig Königstraße 30 24837 <b>Schleswig</b>	www.politische-bildung.lernnetz.de
25.2.2008 20.00 Uhr	Podiumsdiskussion „Das Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs. Erwartung, Auftrag und Perspektive“ <b>Veranstalter:</b> BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung	BayernForum Elisenhof, Prielmayerstraße 3 80335 <b>München</b>	www.bayernforum.de
28.2.2008 18.00 Uhr	Vortrag „Die Türkei auf dem Weg in die EU“ <b>Veranstalter:</b> Europa Union Deutschland, Europäische Bewegung NRW, KV Dortmund	Auslandsgesellschaft NRW Steinstraße 48 44147 <b>Dortmund</b>	www.europa-union.net

Alle Angaben ohne Gewähr

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland, Dr. Gerhard Sabathil (V.i.S.d.P.)  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

**Vertretung in Bonn:**  
Berthavon-Suttner-Platz 24 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09 0 • Fax: 0228-530 09 50

**Vertretung in München:**  
Erhardstr. 27 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48 0 • Fax: 089-24 24 48 15

### Redaktion & Grafik:

Volker Thomas (vth), Uwe Roth (ur), Tarek Chafik (tch), Michael Bechtel (mb), Annette Conrad, Isabel Meyke • Thomas und Roth (Gbr) Presse & PR  
Bülowstr. 90 • 10783 Berlin • Tel: 030-21 99 66 16 • Fax: 030-21 99 61 42 info@thomasppr.de • www.thomasppr.de

**Herstellung:** Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

**Haftungsausschluss:** Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt.

Die namentlich gekennzeichneten Beiträge der EU-Nachrichten geben die subjektive Sicht der Verfasser wieder.

Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

© Europäische Kommission, 2008



## Kühlen Kopf bewahren

# Wirtschaft in der EU steht auf einer soliden Basis

Das Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister der EU in dieser Woche in Brüssel stand im Zeichen verschlechterter Konjunkturaussichten. Die Inflationsrate lag im Januar 2008 bei 3,2 Prozent im Vergleich zu 1,8 Prozent im Vorjahresmonat. Der Rohölpreis riss gleich zu Beginn des Jahres die Rekordmarke von 100 Dollar und bleibt hoch. Weizen, Milcherzeugnisse und Geflügel sind so teuer wie lange nicht mehr. Und die US-Hypothekenkrise hat bereits mehr als eine Bank in Turbulenzen gestürzt.

Trotzdem ruft Joaquin Almunia, EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung, dazu auf, einen kühlen Kopf zu bewahren und keine voreiligen Maßnahmen zu ergreifen. Seine Botschaft: Europa braucht kein Konjunkturprogramm.

Der Kommissar hat gute Gründe für seinen Optimismus. Die meisten EU-Staaten erleben die Verschlechterung der Konjunkturaussichten in einer günstigen Situation. Sie haben den seit Mitte 2005 anhaltenden Aufschwung genutzt, die Staatshaushalte auszugleichen. Dadurch haben sie finanzpolitischen Handlungsspielraum gewonnen, ohne gleich wieder das Defizitkriterium - die berühmten drei Prozent am BIP - zu verletzen. Almunia rät, die Staatseinnahmen vorsichtig zu dämpfen und die Wirtschaft zu entlasten. Einige EU-Länder haben das bereits beschlossen oder schon umgesetzt, darunter Deutschland, Polen, Italien und Dänemark.

## Kostenneutrale Klimapolitik

Viel wird davon abhängen, wie die EU-Mitgliedstaaten den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft meistern. Almunia und die Wirtschaftsminister sind sich darin einig, dass nur konsequentes Energiesparen, die Nutzung alternativer Energiequellen und der Abbau von Subventionen für fossile Brennstoffe zu mehr Wachstum und neuen Arbeitsplätzen beitragen können. Der Ecofin-Rat besteht darauf, dass der Weg zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft mit der Wettbewerbsfähigkeit der EU sowie mit soliden und nachhaltigen öffentlichen Finanzen in Einklang stehen muss. Marktbasierende Instrumente wie die Versteigerung von Emissionsrechten (ETS), Umweltsteu-

ern und ein vermehrter Einsatz „sauberer“ Technologien sollten das Herzstück der europäischen Bemühungen um eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen darstellen. Der Europäische Rat, der sich zu seiner Frühjahrstagung am 13. und 14. März 2008 trifft, hat den Auftrag, sich erneut mit dem Thema zu beschäftigen.

Was die Haushaltslage betrifft, ist die Ausgangslage für die europäischen Staaten also durchaus solide. Doch ausdrücklich fordern die Minister dazu auf, das Risikomanagement zu verbessern, insbesondere in Hinsicht auf Liquidität und Markttransparenz. Der Schreck über den milliardenschweren Spekulationskandal bei der Société Générale ist den Finanzfachleuten offenbar gehörig in die Glieder gefahren. Auch in Deutschland muss die öffentliche Hand - sprich der Steuerzahler - für Spekulationsverluste von Landesbanken in die Bresche springen. Das widerspricht allen Prinzipien des Binnenmarktes. Die EU-Kommission will deswegen auch die Rolle der Bankbewertungssysteme (Rating-Agenturen) überprüfen. Ziel ist es, die Einlagen von Verbrauchern zu sichern und die Haftung strenger zu handhaben. (vth)

## INHALT

### KURZ UND KNAPP

Verbraucherkampagne • Türkei • Intel  
Kaufkraftvergleich • Regionalentwicklung  
Interkultureller Dialog • „Safer Internet Day“ 2-3

### THEMA DER WOCHE

EU-Grenzkontroll-Paket  
High Tech für Europas Grenzen  
Stichwort Frontex 4-6

### SERVICE

Handbuch „Europäische Werte“ • Nachrichtenportal  
„lmooty“ • Jean Monnet Centre • Ausschreibungen 7

### TERMINVORSCHAU

8

## Kampagne „Strom. Jetzt wechseln ...“ ausgezeichnet

Die Kampagne zum Stromanbieterwechsel „Strom. Jetzt wechseln. Jetzt sparen.“ wurde als beste Verbraucherkampagne 2007 ausgezeichnet. Der Bundesverband der Verbraucherzentralen vzbv macht damit mobil gegen hohe Strompreise. Die Kampagne soll wachrütteln und gleichzeitig signalisieren: Den Stromanbieter zu wechseln ist einfach und ohne Risiko möglich. Das spart Energiekosten, schont die Umwelt und leistet einen Beitrag für mehr Wettbewerb im Strommarkt. Aus Anlass des diesjährigen Weltverbrauchertags hatte EU-Verbraucherkommissarin Meglena Kuneva einen Wettbewerb zur besten Verbraucherschutz-Kampagne in der EU ausgerufen. Die Aktion soll verdeutlichen, wie wichtig es ist, Verbraucher umfassend und verständlich über Themen zu informieren, die ihren Alltag bestimmen. Der Gewinner aus Deutschland hat nun in Brüssel die Chance, europaweit zum Sieger gekürt zu werden. Die europaweite Endausscheidung findet in der zweiten Märzwoche statt, unmittelbar vor dem Weltverbrauchertag 2008.

→ <http://www.verbraucherzentrale.de/stromwechsel/>

## Türkei nimmt an Innovationsprogramm teil

Nach Kroatien und Mazedonien ist die Türkei nun das dritte Land außerhalb der EU und des EWR, das am Rahmenprogramm für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit (CIP) teilnimmt. Mit diesem Programm will die Kommission Innovation, Wachstum und unternehmerische Initiative in kleinen und mittleren Unternehmen fördern. Das mit 3,6 Milliarden Euro ausgestattete CIP-Programm läuft von 2007 bis 2013. Die EU, die mit der Türkei intensive Handelsbeziehungen unterhält, nimmt mit Abstand den ersten Platz unter den Ein- und Ausfuhrmärkten der Türkei ein. Die Türkei wiederum rangiert bei den Herkunftsländern der Importe der EU an siebter Stelle und liegt unter den Bestimmungsländern für die Exporte der EU auf Platz fünf. Nahezu 45 Prozent ihres gesamten Handels wickelt die Türkei mit der EU ab, was 2006 ein Volumen von 78 Milliarden Euro ergab.

→ [http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/index\\_7596\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/index_7596_de.htm)

## Durchsuchungen bei Intel

Wegen des Verdachts auf Missbrauch seiner marktbeherrschenden Stellung hat die EU-Kommission eine Durchsuchung von deutschen Büros des weltweit größten Chipherstellers Intel veranlasst. Bereits im Juli hatte die Kommission ein Verfahren gegen Intel eingeleitet. Anlass dafür war

der Verdacht, das Unternehmen habe den US-Konkurrenten AMD mit illegalen Mitteln vom Markt ferngehalten. Von den Durchsuchungen sind auch weitere PC-Hersteller sowie PC-Einzelhändler betroffen, teilte die Kommission in Brüssel mit.

→ <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/83&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

## Mehr Geld für Regionen als für Agrarsubventionen

Die Europäische Union hat im vergangenen Jahr für die Entwicklung ihrer Regionen so viel Geld ausgegeben wie nie zuvor. 41 Milliarden Euro gingen 2007 aus dem Regionalentwicklungs- und Kohäsionsfonds an die Mitgliedstaaten – damit waren die Ausgaben für die Fonds höher als die Agrarsubventionen, dem bislang größten Einzelposten innerhalb des EU-Haushaltes. „Jetzt besteht die Herausforderung darin, dieses Moment zu nutzen, um wirtschaftliche Modernisierung, Wachstum und neue Arbeitsplätze zu schaffen“, sagte EU-Regionalkommissarin Danuta Hübner. Das Geld aus dem Fonds dient der Förderung strukturschwacher Regionen. Insgesamt nahmen seit 2004 die zehn neuen EU-Mitglieder 75 Prozent des für sie in dem Fonds bereitgestellten Geldes in Anspruch. Die EU 15 riefen im Durchschnitt 84 Prozent ihrer Zuteilungen ab.

→ [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/regional_policy/index_en.htm)

### EUROSTAT: KAUFKRAFT IN LONDON AM HÖCHSTEN

#### Regionales BIP je Einwohner in der EU27 im Jahr 2005

5 Regionen mit dem <u>höchsten</u> BIP		5 Regionen mit dem <u>niedrigsten</u> BIP	
Inner London (UK)	303	Nord-Est (RO)	24
Luxemburg (LU)	264	Severozapaden (BG)	27
Bruxelles-Cap. (BE)	241	Yuzhen tsentralen (BG)	27
Hamburg (DE)	202	Severen tsentralen (BG)	28
Wien (AT)	178	Sud-Vest Oltenia (RO)	28

Nach Angaben von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, war Inner London im Jahr 2005 EU-weit die Region mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner (303 Prozent des Durchschnitts, ausgedrückt in Kaufkraftstandards), gefolgt von dem Großherzogtum Luxemburg (264 Prozent) und Brüssel in Belgien (241 Prozent). Die fünfzehn Regionen am unteren Ende der Rangfolge befinden sich alle in Bulgarien, Polen und Rumänien, mit den niedrigsten Zahlen in Nord-Est in Rumänien, gefolgt von Severozapaden und Yuzhen tsentralen in Bulgarien.

→ <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/>



*Ján Figel' bei der Veranstaltung „Synergie durch Vielfalt“ mit Moderatorin Dunja Hayali*

## Interkultureller Dialog

### Schlüssel zum Erfolg

Bei IKEA gehört sie zur Firmenphilosophie, die Kantine reagiert jedes Jahr mit verlängerten Öffnungszeiten auf den Ramadan. E-Plus etablierte eine eigene Mobilfunkmarke für ausländische Kunden. Was den Großen recht ist, spricht sich auch in kleinen und mittelständischen Unternehmen langsam herum: Interkulturelle Kompetenz ist ein Wettbewerbsvorteil. Das ist das Ergebnis der Studie „Synergie durch Vielfalt“.

Ján Figel', EU-Kommissar für Bildung und Kultur, unterstrich bei der Vorstellung der Studie auf einer Konferenz der Bertelsmann Stiftung in Berlin, dass nur noch wenige Unternehmen sich leisten könnten, ihre Geschäfte ausschließlich im eigenen Land abzuschließen. Außerdem führe die Mobilität der europäischen Arbeitnehmer in vielen Unternehmen zu einer Mischung verschiedenster Kulturen. Interkultureller Dialog ist aber nicht nur für den Wettbewerb von Vorteil. Er ist auch Teil der sozialen Verantwortung von Unternehmen. Immerhin leben allein in Deutschland mehr als 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. „Innovation und Kreativität spielen sich an den Grenzen ab, dort wo Menschen aus unterschiedlichen Bereichen zusammentreffen“, sagte Figel' weiter. Der Schlüssel zum Erfolg durch kulturelle Vielfalt liege jedoch in Sprachen. Elf Prozent der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Europa, geben Umfragen zufolge zu, Aufträge durch mangelnde Fremdsprachkenntnisse verloren zu haben.

Der EU-Kommissar sagte voraus, dass Firmen, die keine Anstrengungen zur Beachtung der interkulturellen Vielfalt unternähmen, auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft keine Chance hätten. Allein durch Zuwanderung sei dem Arbeitskräftemangel nicht zu begegnen. Die Unternehmen müssten das Potenzial im Lande selbst erschließen – und dazu gehöre Integration durch Bildung. Auf diesen Zusammenhang will die EU-Kommission durch das „Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs 2008“ besonders aufmerksam machen.

→ [www.synergie-durch-vielfalt.de](http://www.synergie-durch-vielfalt.de)

## Safer Internet: Die Macht der Mäuse

Mehr als 100 Organisationen aus über 50 Ländern haben am Dienstag den „Safer Internet Day“, den Tag des sicheren Internet, begangen. In Brüssel veranstaltete die EU-Kommission ein gesamteuropäisches Jugendforum, bei dem junge Menschen mit den Leuten zusammentrafen, die für Fragen der Sicherheit im Internet zuständig sind. „Kinder finden sehr schnell heraus, wie sie Online-Dienste, Angebote zur sozialen Vernetzung oder auch Handys, optimal nutzen können“, sagte die EU-Medienkommissarin Viviane Reding, die Schirmherrin des Tages. Viele unterschätzten jedoch noch immer die versteckten Risiken. Reding will deshalb noch in diesem Monat ein neues Programm für den Zeitraum 2009-2013 vorlegen. Die Initiative „Sicheres Internet“, die in Deutschland durch [klicksafe.de](http://klicksafe.de) vertreten wird, soll Kinder, Eltern und Lehrer dabei unterstützen, Gefahren zu erkennen, denen Minderjährige bei der Nutzung des Internets ausgesetzt sind. Dabei kann die entsprechende Software helfen. Eine von der EU-Kommission finanzierte Studie hat jetzt „Magic Desktop“ als sicher ausgezeichnet. Das ist eine Software, die als Sicherheitsnetz im Internet funktioniert. Sie wurde speziell für Kinder entwickelt und bietet eine sichere und kindgerechte Online-Umgebung, in der sie spielen, lernen, ohne Gefahren surfen und E-Mail nutzen können.

→ [www.saferinternet.org](http://www.saferinternet.org)

→ <http://kids.t-online.de>

### BERLINALE

Neun Nachwuchsschauspieler hat die European Film Promotion bei der 58. Berlinale ausgezeichnet.  
4. v. li: Hannah Herzsprung.



### ZITAT DER WOCHE

»Europa ist bei der Umsetzung der Ziele weiter, als viele es für möglich gehalten haben.«

Ann Mettler, Geschäftsführerin der Denkfabrik Lisbon Council zur Lissabon-Agenda

## EU-Grenzkontroll-Paket

### High Tech für Europas Grenzen

Biometrische Gesichtserkennung, ein Fingerabdruck-Register, satellitengestützte Grenzüberwachung – das sind nur einige Elemente aus dem neuen Paket von Vorschlägen zur besseren Kontrolle der EU-Außengrenzen, das der für Sicherheit zuständige EU-Kommissionsvizepräsident Franco Frattini in dieser Woche vorgestellt hat.

Frattini verwies auf den Auftrag des Europäischen Rates, der mit seiner Zustimmung zur Schengen-Erweiterung im Dezember 2007 die Aufforderung an die EU-Kommission verbunden hatte, ein umfassendes Grenzsicherungssystem unter Nutzung der neuesten Technologie zu entwickeln. Die Vorschläge der Kommission sollen in den kommenden fünf bis sieben Jahren vom Europäischen Parlament und dem Rat debattiert und umgesetzt werden.

Es gehe nicht an, so Frattini, dass Menschenhändler und Mafia-Organisationen über modernere Technik verfügten als die europäische Polizei. Grenzsicherung heute müsse sich elektronischer Mittel bedienen. Die Vorschläge des Kommissars folgen teilweise dem amerikanischen Vorbild, etwa bei der biometrischen Datenerfassung oder den elektronischen Reisegenehmigungen.

#### Drei Bereiche stehen dabei im Vordergrund:

- die Stärkung und Weiterentwicklung der Grenzschutz-Behörde Frontex,
- die Koordinierung und Vernetzung der Grenzüber-



»Moderne Technologien werden beim Grenzschutz eine entscheidende Rolle spielen.«

Franco Frattini

wachungssysteme an den Ostgrenzen und im Mittelmeerraum und

- die elektronische Erfassung von Aus- und Einreisenden.

#### Mehr Aufgaben für Frontex

Frontex soll längerfristig eine eigene, uniformierte Grenzsicherungstruppe stellen, die möglicherweise von Malta aus im Mittelmeer operieren kann. Hauptaufgabe bleibt der Kampf gegen illegale Einwanderung, aber das Aufgabengebiet wächst: Frontex wird sich auch um die Terrorbekämpfung und die Kontrolle von Schmuggelware kümmern (siehe Kasten).

Biometrische Gesichtserkennung (links) und ein Fingerabdruck-scanner an einem Laptop.



Fotos: Forschungsgruppe Jena/ Celsius

## Grenzüberwachung: EUROSUR

Die Koordination nationaler Grenzkontrollen soll durch ein neues Überwachungssystem geschehen. EUROSUR (European Border Surveillance System) wird dazu beitragen, unrechtmäßige Grenzübertritte an den Süd- und Ostgrenzen zu verhindern und grenzüberschreitende Kriminalität wirksam zu bekämpfen. Außerdem soll durch ein lückenloses Überwachungsnetz rechtzeitig erkannt werden, wo illegale Flüchtlinge unterwegs sind. Damit kann zum Beispiel verhindert werden, dass Bootsflüchtlinge hilflos im Meer ertrinken, wenn sie versuchen, nach Europa zu gelangen.

Laut Frattini gibt es in Europa rund 50 nationale Behörden, die sich um Grenzüberwachung und Grenzkontrolle kümmern. Deren Systeme will die EU-Kommission vernetzen, aber nicht nur das: EUROSUR soll auch mittels Satelliten und Überwachungskameras in Flugzeugen und Drohnen Daten erfassen und weiterleiten. „Satelliten bieten die Möglichkeit, große Flächen zu überwachen, auch das offene Meer und die Küsten von Drittstaaten“, schreibt die Kommission.

## Einreise-Register

Um Terroristen und illegale Einwanderer aufzuspüren, plant die EU-Kommission ein Ein- und Ausreiseregister, an das eine Datenbank mit biometrischen Merkmalen wie Fingerabdrücken und elektronisch lesbaren Gesichtsformen gekoppelt ist. An den Grenzen der EU werden jährlich rund 300 Millionen Ein- und Ausreisen registriert. Schätzungen gehen davon aus, dass 160 Millionen Grenzübertritte EU-Bürgern zuzuschreiben sind, 60 Millionen Reisenden aus Drittstaaten, die kein Visum benötigen (wie USA oder Kanada) und 80 Millionen Reisenden aus Drittstaaten mit Visumpflicht.

Geplant ist, dass jeder, der in die EU einreisen will, seinen Fingerabdruck abgeben muss. Die EU-Bürger selbst erhalten in den nächsten Jahren Schritt für Schritt neue Ausweispapiere mit elektronisch gespeicherten biometrischen Merkmalen. Die Erfassung der biometrischen Daten von Drittstaatsangehörigen, die für die Einreise in die EU ein Visum benötigen, wird vorbereitet. Aber auch, wer als Drittstaatsangehöriger ohne Visum einreisen kann, wird zur Abgabe des Fingerabdrucks verpflichtet sein. Betroffen wären davon neben US-Bürgern und Kanadiern auch Japaner und Australier, die für einen Kurzaufenthalt bis zu drei Monate kein Visum benötigen.

## ABSCHIED VOM REISEPASS

Elektronische Reisegenehmigungen statt Visa - der gute alte Reisepass mit Stempel und Foto wird in wenigen Jahren überholt sein. Die Zukunft gehört nach der Überzeugung Frattinis der elektronischen Erfassung der Reisenden. Ähnlich wie die USA will auch die EU-Kommission die Einführung elektronischer Reisegenehmigungen prüfen (Electronic Travel Authorisation = ETA). Nach Vorstellung des US-Heimatschutzministers Michael Chertoff müssen sich Reisende ohne Visum 48 Stunden vor Abflug in die USA online registrieren lassen und einen Fragebogen ausfüllen. Sind die Daten in Ordnung, wird die Reisegenehmigung automatisch erteilt. Diese Art beschleunigter Visa-Erteilung gilt bereits für die Einreise nach Australien.



*Alle Bundesbürger erhalten Schritt für Schritt diese neuen maschinenlesbaren Pässe.*

## Acht Millionen „Illegale“

Nach Einschätzung der Kommission halten sich rund acht Millionen Menschen illegal in der EU auf. Über die Hälfte davon seien vermutlich legal eingereist, haben die EU aber nach Ablauf ihres Aufenthaltstitels nicht mehr verlassen. So wurden nach internen EU-Unterlagen im Jahre 2006 in der EU 516.195 Illegale festgenommen – davon 21.635 in Deutschland. Wie groß die Dunkelziffer ist, ist kaum abzuschätzen.

## FRONTEX ARBEITET SEIT 2005



Die europäische Grenzagentur Frontex hat ihren Sitz in Warschau. Seit 2005 unterstützt sie von hier aus die EU-Staaten mit 130 Mitarbeitern bei der Sicherung ihrer Außengrenzen. In Deutschland sind das die Flug- und Seehäfen. Neben

dem normalen Grenzverkehr sind illegale Einwanderer die größte Herausforderung. Deren Wege über eine grüne Grenze in die EU ändern sich immer wieder. War der Schwerpunkt der Frontex-Einsätze bislang das Mittelmeer, so erweitert sich der Beobachtungsraum momentan auf den Balkan. Zurzeit haben die Frontex-Mitarbeiter hauptsächlich koordinierende Aufgaben, denn die Sicherung der Außengrenze ist nach wie vor in den Händen der Mitgliedstaaten. Außerdem mangelt es Frontex nicht nur an den notwendigen Einsatzkräften zur effektiven Grenzsicherung, sondern auch an einer eigenen Infrastruktur, um sich in der Luft oder auf dem Wasser fortzubewegen.

Im Gegensatz zu den USA verfügt die Europäische Union über keinerlei einheitlichen Grenzschutz. Ebenso wie die Innen- und Rechtspolitik war auch die Grenzsicherung bei den Mitgliedstaaten lange Zeit ein sensibles Thema. Der Wegfall der Binnengrenzen 1993 beschleunigte den Aufbau des Schengener Informationssystems (SIS), das hauptsächlich aus einer gemeinsamen Fahndungsdatenbank besteht. Die Erweiterung 2004 erhöhte den Druck auf die Innenminister der EU-Staaten, und sie beschlossen den Aufbau einer gemeinsamen unabhängigen Behörde. Den Gedanken hinter dieser Agentur beschreibt der Chef von Frontex, Ilkka Laitinen, so: „Der unbescholtene Reisende soll sich möglichst frei und ungehindert über die Grenzen hinwegbewegen können.“ Wer sich unrechtmäßig Zutritt verschaffen möchte, müsse aufgehalten werden. Mit der Kooperationsbereitschaft der nationalen Behörden ist er im Großen und Ganzen zufrieden. Alle Staaten hätten sich schon mal an Einsätzen beteiligt.

→ [http://europa.eu/agencies/community\\_agencies/frontex/index\\_de.htm](http://europa.eu/agencies/community_agencies/frontex/index_de.htm)

Das geplante Register, das die Daten von den insgesamt 1792 Grenzkontrollstellen an den Außengrenzen und innerhalb der EU (darunter Flug- und Seehäfen) austauscht, soll die Möglichkeit des Visa-Missbrauchs reduzieren. Überschreitet ein Drittstaatsangehöriger sein Visum, soll dies automatisch angezeigt werden. Die zuständigen Behörden können dann denjenigen, die sich über die erlaubte Zeit hinaus in der EU aufhalten, nachweisen, dass sie illegal hier sind. Bisher war das allein schon deswegen nicht möglich, weil viele Illegale ihre Papiere einfach vernichtet hatten. Das System könnte nach Einschätzung der Kommission im Jahr 2015 einsatzfähig sein.

### Registrierte Reisende

Für Reisende, die als „vertrauenswürdig“ gelten, soll es eine bevorzugte Grenzabfertigung geben, ob sie EU-Bürger sind oder aus Drittstaaten stammen. An Grenzübergängen und Flughäfen könnten Lesegeräte aufgestellt werden, die die biometrischen Daten im Reisepass mit denen des Passinhabers abgleichen und dann automatisch eine Schranke öffnen, schlug Frattini vor.

An einigen europäischen Flughäfen sind solche automatischen Grenzkontrollsysteme bereits im Einsatz. In Frankfurt läuft ein Modellprojekt, bei dem Passagiere mittels Iris-Scan identifiziert werden. Die Kosten für solche Systeme liegen laut Kommission bei rund 35.000 Euro je Gerät. Drittstaatsangehörige sollen in den Genuss einer solchen beschleunigten Grenzabfertigung nur dann kommen, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen: Sie müssen Auskunft geben über den Zweck ihres Aufenthaltes, nachweisen, dass sie über genügend finanzielle Mittel verfügen, dass sie keine Gefahr für die öffentliche Ordnung darstellen und dass sie bei früheren Besuchen in der EU ihre Aufenthaltserlaubnis nicht überschritten haben.

Ausdrücklich wies Frattini darauf hin, dass alle Vorschläge den europäischen Datenschutzrichtlinien unterliegen. Jeder Missbrauch sei strafbar. Die Kosten für die Schaffung des Ein- und Ausreiseregisters und des Systems für registrierte Vielreisende beziffert die Kommission auf 20 Millionen Euro. Die Mitgliedstaaten müssten zusammen nochmals etwa 35 Millionen Euro für die automatisierten Kontrollpunkte ausgeben (vth).

→ <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/215&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

## HANDBUCH

## „EUROPÄISCHE WERTE – BILDUNGSPROJEKT FÜR JUGENDLICHE“

Der Wochenschau-Verlag hat jetzt ein zweisprachiges deutsch-französisches Handbuch vorgelegt, das sich an all jene wendet, die in der europapolitischen Bildungsarbeit tätig sind. „Europäische Werte – ein Bildungsprojekt für Jugendliche“ lautet der Titel. Das Handbuch bietet zahlreiche Übungen sowie umfangreiche Materialien zu den fünf Werten Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Zu jedem dieser Werte gibt es ein Modul, das jeweils eine wissenschaftliche Heranführung sowie eine grafische Darstellung enthält. Den Kern der einzelnen Module bilden Übungen, die sich auf der dazugehörigen CD-ROM befinden. Das Handbuch soll vor allem Jugendlichen die Bedeutung und Entstehung europäischer Werte vermitteln, sie so zum Nachdenken anregen und ihnen die europäische Idee näher bringen.

**Weitere Informationen**

→ [www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de)

## AUSSCHREIBUNGEN

## STUDIE „FRÜHE FÖRDERUNG“

Die Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufliche Bildung beabsichtigt, im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung einen Auftrag über eine Studie zur Wirkung der Nationalen Förderpriorität „Frühe Förderung“ im Programmbereich LEONARDO DA VINCI Mobilität zu vergeben.

**Frist:** 29. Februar 2008

**Weitere Informationen**

→ [www.na-bibb.de/jobs\\_\\_\\_ausschreibungen\\_697.html](http://www.na-bibb.de/jobs___ausschreibungen_697.html)

## HOCHSCHULAUSTAUSCH

Im Rahmen des Kooperationsprogrammes EU-Kanada im Bereich von Hochschulbildung, Berufsbildung und Jugend stehen Mittel zur Verfügung, mit denen so genannte transatlantische Austauschpartnerschaften (Transatlantic Exchange Partnerships) gefördert werden. Ziel ist es, mit dem Geld gemeinsame Studien- oder Berufsgänge ins Leben zu rufen und die Mobilität von Studierenden und Dozenten zu fördern. Für die Kofinanzierung entsprechender Projekte sind mindestens 1,242 Mio. Euro vorgesehen. Anträge können von Hochschulen und Berufsbildungseinrichtungen eingereicht werden.

**Frist:** Die Anträge sind bei der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur bis zum 11. 4. 2008 einzureichen.

**Weitere Informationen**

→ [http://eacea.ec.europa.eu/extcoop/canada/call2008/index\\_en.htm](http://eacea.ec.europa.eu/extcoop/canada/call2008/index_en.htm)

## MEDIEN

## PROJEKT MIT ZUKUNFT: NACHRICHTENPORTAL „IMOOTY.EU“



Ganz gleich ob die polnische Gazeta Wyborcza, die dänische Jyllands-Posten oder Portugals Publico – seit August 2007 werden inzwischen Zeitungen aus 19 europäischen Ländern von den Betreibern der Internetplattform „Imooty.eu“ ausgewertet und das Resultat täglich online zugänglich gemacht. Aufmachung und Leserführung von Europas erstem Nachrichten-Navigator haben mit dazu geführt, dass das Portal von der Berliner Landesinitiative „Projekt Zukunft“ zum Projekt des Monats Februar erklärt wurde. Der Nutzer kann wählen: Entweder er lässt sich durch das Anklicken einer Europakarte den Inhalt von größeren und kleineren Zeitungstiteln einzelner Länder anzeigen. Oder aber er hat die Möglichkeit, zu einzelnen Themen oder Stichworten die europaweite Berichterstattung aufzurufen. Seit 1997 vernetzt das „Projekt Zukunft“ Medien, IT- und Kulturwirtschaft miteinander sowie mit Wissenschaft, Politik und Verwaltung. Das Projekt wird durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) mitgetragen.

**Pressekonferenz:** 21. Februar 2008 um 16.00 Uhr bei Peugeot Avenue, Unter den Linden 62-68, Berlin

**Weitere Informationen**

→ [www.norwegen.no/business/imootyprojekt.htm](http://www.norwegen.no/business/imootyprojekt.htm)

## NEUER STUDIENGANG

## JEAN MONNET CENTRE OF EXCELLENCE IN EUROPEAN STUDIES

Am 22. Februar findet im Rathaus der Stadt Osnabrück die Eröffnung des „Osnabrück Jean Monnet Centres of Excellence in European Studies“ statt. Hauptredner der Veranstaltung ist der Präsident des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering. Das Centre ist ein interdisziplinärer Zusammenschluss von Wissenschaftlern der Universität Osnabrück. Ihm gehören 17 Professoren und Wissenschaftliche Mitarbeiter der Fächer Politikwissenschaft, Rechtswissenschaften, Geschichte, Geographie und Kulturwissenschaften an, die sich in Forschung und Lehre mit Fragen der europäischen Integration befassen.

**Weitere Informationen**

Prof. Dr. Ingeborg Tömmel

Telefon - Sekretariat: 0541- 969 - 42 45

E-mail: [itoemmel@uos.de](mailto:itoemmel@uos.de)

Alle Angaben ohne Gewähr